

Medienmitteilung

Marsch fürs Klima: Dringendes Handeln ist gefragt

Genf, 13. Oktober 2018. Mehr als 7000 Personen nahmen heute Samstag am Klimamarsch 2018 in Genf teil, der von rund 20 Organisationen mit Unterstützung der Klima-Allianz Schweiz organisiert wurde. Nach der Veröffentlichung des Sonderberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) am vergangenen Montag gingen die Menschen auf die Strasse, um die politischen Behörden angesichts der Klimakrise dazu aufzufordern, endlich aus der Passivität auszubrechen und zu handeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Marsches wollten insbesondere ein Signal an das Schweizer Parlament senden, das in Kürze die Totalrevision des CO₂-Gesetzes berät.

Der am 8. Oktober veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarats IPCC ist ein Weckruf, der angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels ernst genommen werden muss. Der Bericht macht klar, dass ein Weiter-wie-bisher keine Option ist. Alle müssen im Kampf gegen die globale Erwärmung ihren Teil dazu beitragen. Seit 800'000 Jahren war die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre noch nie so hoch. Dadurch ausgelöste grosse Veränderungen in den Ökosystemen sind bereits im Gang. Aber es gibt noch ein kleines Zeitfenster, um zu handeln und die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dazu hat sich auch die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet.

Die Klimapolitik des Bundes verfolgt dieses Ziel jedoch nicht. Bestes Beispiel für die Passivität des Bundes ist der Verkehr: Obwohl dieser Sektor in der Schweiz für den meisten CO₂-Ausstoss verantwortlich ist, zieht es der Bund vor, ausländische Klimazertifikate zu kaufen, statt mit wirksamen Massnahmen die Inlandemissionen zu reduzieren. «Das ist völlig absurd», sagt Yvonne Winteler von der Geneva Climate Association. «Statt das Klima zu schützen, schützt der Bund die Automobil- und Luftfahrtbranche, ohne die Auswirkungen auf künftige Generationen zu berücksichtigen.»

Die Demonstranten verurteilen auch die Geschäfte des Schweizer Finanzsektors mit fossilen Brennstoffen. Schweizer Finanzakteure, also die Banken, Versicherungen und Pensionskassen verantworten weltweit mehr als 20 Mal so viele Treibhausgasemissionen wie die Haushalte und Unternehmen in der Schweiz zusammen. So finanzieren beispielsweise die Credit Suisse und die Nationalbank Unternehmen, die mit den klimaschädlichsten fossilen Brennstoffen wie Kohle und Teersande geschäften. «Die Menschheit sollte alles tun, um sich schnell aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu befreien. Deshalb ist das Geschäftsgebaren der Finanzakteure ein Zeichen von Blindheit. Diese Blindheit ist besonders gefährlich für das Klima, aber auch für die Kunden dieser Institutionen», sagt Olivier de Marcellus von Break Free Switzerland. «Der Finanzsektor lebt noch im 20. Jahrhundert und würde gut daran tun, die Dinge richtig zu stellen, wenn er nicht in die Kohlenstoffblase geraten will.»

Weiter weisen die Demonstranten auf die grossen Auswirkungen der Agrarwirtschaft auf die globale Erwärmung hin. So trägt alleine die Nutztierhaltung so viel zur Klimaerhitzung bei wie weltweit alle Autos, Lastwagen, Flugzeuge, Züge und Schiffe zusammen. Für die Demonstranten ist es deshalb unerlässlich, dass eine Lebensmittelproduktion gefördert wird, die das Klima und die Biodiversität wirksam schützt. Vorzuziehen sind pflanzliche

Lebensmittel und eine lokale, umweltfreundliche Landwirtschaft. «Das ist doppelt vorteilhaft», sagt Mathias Schlegel von Greenpeace Schweiz. «Wenn wir weniger tierische Produkte konsumieren, tragen wir einerseits zum Klimaschutz bei. Andererseits verbessern wir unsere Gesundheit – in einer Zeit, in der die Bevölkerung über die Explosion der Gesundheitskosten besorgt ist.»

Die Schweiz setzt beim Klimaschutz insbesondere auf den Emissionshandel mit dem Ausland. Dass dies keine Lösung ist, verdeutlicht am Klimamarsch eine Delegation von Menschen aus südlichen Ländern. Sie erinnern an die Kluft zwischen den reichsten Ländern, die am meisten zur globalen Erwärmung beitragen, und den ärmsten Regionen, die am stärksten unter den Folgen der Klimaerhitzung leiden. "Die globale Erwärmung betrifft überproportional die Menschen und Gemeinschaften, die am wenigsten zur Entstehung dieser globalen Notlage beigetragen haben", sagt Nathalie Rengifo von der Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity. Sie fügt hinzu: "Transnationale Unternehmen sind die Ursache dieser Krise. Die Macht muss den Bürgern übertragen werden, nicht den Unternehmen." Die Teilnehmer des Marsches äussern daher ihren Wunsch, dass die am weitesten entwickelten Länder eine ehrgeizige Klimapolitik verfolgen, um die Chancen von Milliarden von Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard zu erhalten.

Kontakte

Yvonne Winteler, Association Climat Genève, +41 79 793 83 07
Christian Lüthi, Alliance climatique Suisse, +41 76 580 44 99
Mathias Schlegel, Greenpeace Suisse, +41 79 794 61 23
Nathalie Rengifo, Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity, +18 57 498 11 21
Olivier de Marcellus, Breakfree Suisse, +41 79 342 70 25
Jacqueline Lecocq, Association Grands-parents pour le climat-Genève, +41 79 306 78 19
Sébastien Bertrand, solidaritéS, +41 76 456 04 64
Lisa Mazzone, Association Transports et Environnement (ATE), +41 77 404 16 08
Renaud Dupuis, Coordination régionale pour un aéroport de Genève urbain, respectueux de la population et de l'environnement (CARPE), +41 79 202 32 64,
Anne Mahrer, Aînées pour la protection du climat, +41 79 249 72 17
Pierre-Antoine Legrand, Swiss Youth for Climate, +41 78 705 6628
Delphine Klopfenstein, Les Verts Genève, +41 76 445 61 06
Sophie Desbiolles, Jeune Verts Genève, +41 79 255 85 25
Jean Pascal Gillig, WWF Genève, +41 76 378 67 38
Christine Jeanneret, PRO Vélo Genève, +41 79 753 85 47